

Plenarsitzung vom 12.12.2005

## **OB 50 Beschäftigung, Gesundheit und Soziales**

### Das Thema Beschäftigung

Ist ein zentrales Thema in unserer Gesellschaft. Deshalb müssen sich das Parlament und die Regierung der DG, nach Auffassung von VIVANT, auch für die Aspekte interessieren, für die nur andere Parlamente und andere Regierungen die Entscheidungskompetenz haben. Dazu einige Fragen.

- Genügt es, wenn man, so wie manche hier im Parlament, die Mittel aus der Provinz einfordert, aber sich niemals öffentlich Gedanken darüber macht, ob das Geld überhaupt vorhanden ist, um es der DG auszusahlen?
- Ist es damit getan, wenn Politiker, so wie Sie, Herr Servaty, erst kürzlich beim Treffen mit dem Rat der Seniorinnen und Senioren in St. Vith, wenn Politiker gute Absichtserklärungen aussprechen, wenn sie aber mit keinem Wort konkret vorrechnen, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen?
- Genügt es, wenn die Mitglieder der Regierung, als unsere höchsten Vertreter, mitsamt ihren Mitarbeiterstäben, an vielen nationalen und internationalen Treffen mit politischen Entscheidungsträgern zusammenkommen, dort aber nur eine passive Haltung einnehmen? Zumindest wird uns Mitgliedern der Opposition nicht klar, ob Sie sich, anderorts, für die Lösung der vielen Probleme einsetzen, z.B. der Geldmangel im Gesundheits- und Sozialwesen oder die steigende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Schließung der bäuerlichen Familienbetriebe, usw.
- Und wo sehen die Medienvertreter ihre Aufgabe in diesem Zusammenhang? Die VIVANT-Fraktion empfindet Ihre Berichterstattung als politisch nicht neutral. Wir sind immer noch der Meinung, dass Demokratie darin besteht, dass man in Toleranz und ohne psychologisch fertig gemacht zu werden, anders lautende Meinungen aussprechen darf.

Die VIVANT-Fraktion steht im Bereich der Beschäftigungsförderung hinter den unterstützungswürdigen Anstrengungen, welche in der DG unternommen werden. Das gilt sowohl für das Arbeitsamt, das Zentrum für Aus- und Weiterbildung, im Behindertenbereich, und auch natürlich ganz generell im Unterricht mit Blick auf die spätere berufliche Qualifikation. Aber gerade wegen der erheblichen finanziellen Mittel, welche eingesetzt werden, muss eine umso größere Effizienz verlangt werden. Z.B. darf es nicht sein, dass doppelte Führungsstrukturen aufgebaut werden.

Es ist gut und notwendig, wenn intensiv und immer wieder auf die anderen Gemeinschaften Belgiens und auf unsere Nachbarländer geschaut wird. Frau Reinertz hat am vergangenen Montag dazu ungewollt ein gutes Beispiel geliefert, welches konkret mit Arbeitsplätzen zu tun hat, als Sie als Landwirtin die Meinung einbrachte, dass Energiepflanzenanbau hierzulande, wegen des ostbelgischen Klimas, unrentabel sei. Schaut man direkt hinter der luxemburgischen oder der deutschen Grenze nach, so stellt man ausgedehnten Energiepflanzenanbau fest. Es müsste dann doch auch in der DG möglich sein, von den Nachbarn zu lernen, und große Mengen an Biomasse zu gewinnen! Natürlich müsste es rentabel sein, das war der Kern Ihrer Aussage.

Im GE vom vergangenen Samstag wird berichtet, dass die politische Führung Flanderns ein Umdenken der landwirtschaftlichen Betriebe wünscht, damit mehr nachwachsende Rohstoffe für den Energiemarkt angebaut werden. Genau wie das in Luxemburg und in Deutschland bereits seit längerem der Fall ist. Ebenfalls im GE vom Samstag wurde über eine Tagung der Landwirte in Deidenberg berichtet, Frau Reinertz war auf dem Bild als Teilnehmerin gut zu erkennen, mit dem Thema "Landwirte auf der Suche nach neuen lukrativen Nebenjobs". In diesem Bericht wurde das Thema der Biomassegewinnung durch die Landwirte mit keinem Wort erwähnt: Ist es auf dieser Tagung gar nicht vorgekommen? Müssen tatsächlich die politischen und die verbandsinternen Führungskräfte in der Wallonie, noch so massiv umdenken? Für die Rentabilität sind in Belgien also weniger die klimatischen als die gesetzlichen Rahmenbedingungen maßgeblich. Wie sieht das die Regierung? Und kann Sie da etwas tun?

### Zum Thema Gesundheit

Oberstes Prinzip in der Gesundheitspflege sollte für jeden Mediziner und sicher auch für jeden Gesundheitspolitiker immer der Vorzug der Vorbeugung vor der Behandlung sein! Es stellt sich die Frage, ob dieses Prinzip in der DG politisch genug berücksichtigt wird? Bei einer Anhörung im Ausschuss über Armutsbekämpfung wurde festgehalten, dass die Krankheitsrate in den untersten Einkommensschichten am größten ist. Ein mir bekannter Apotheker hat mir vor ein Paar Tagen bestätigt, dass in der DG zunehmend Menschen vom Arzt verschriebene und notwendige Medikamente wegen der Eigenbeteiligung nicht mehr einnehmen. In Belgien liegt die Armutsrate schon bei 15%, für unser reiches Land ein Skandal! Wie hoch ist diese Rate in der DG?

Auch an diesen Beispielen zeigt sich, dass viele Aspekte in unserer Gesellschaft vernetzt sind: Nochmals im GE vom Samstag wirbt der Arbeitgeberverband für das Unternehmertum. Zu Recht, denn ohne Unternehmer keine Arbeitsplatzschaffung. Aber es steht in dem Artikel, dazu müsse man Risiken eingehen: Das schlimmste Risiko für einen Unternehmer ist ja wohl die Insolvenz, mit dem Absturz auf das Niveau der Sozialhilfe. Gäbe es ein garantiertes, bedingungsloses Existenzinkommen, dann ist sehr gut denkbar, dass mehr junge Leute, auch bei uns, den riskanten Schritt in die Selbständigkeit wagen würden. Absolute Armut und Erniedrigung wären ausgeschlossen, ein stimulierendes Sicherheitsgefühl wäre vorhanden. Jederzeit könnte er sich sagen "Was auch passiert, ich selber und meine Familie werden nicht verhungern". Man kann sich gut vorstellen, dass die WFG eine solche Maßnahme begrüßen würde.

Macht es nicht nachdenklich, wenn Überlegungen für viele verschiedene Bereiche und Problemstellungen immer wieder auf die gleichen wenigen Lösungsansätze stoßen!

Vorbeugung ist auch Kostensenkung. Dazu eine Frage: Wird in Bezug auf die Unterbindung von Passivrauchen in der DG genug getan? Wird die Vergabe von Subsidien an Vereine und Gesellschaften, an die strikte Vorgabe des Nichtrauchens in öffentlichen Räumen gekoppelt?

Wenn nicht, so wäre das in den Augen der VIVANT- Fraktion nicht nur ethisch unvertretbar, sondern auch in Bezug auf die wirtschaftliche Situation ein komplettes Armutzeugnis, weil Rauchen den Staat in der Endbilanz pro Jahr sehr viele Millionen Euro kostet.

### Zum Thema Soziales

## **OB 40 Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung, Kultur, Sport, Tourismus**

Der OB 40 ist der Bereich in dem eine gemeinsame Durchforstungsaktion vielleicht die meisten Subsidien streichen würde. Dabei sollten für VIVANT die Subventionen erhalten bleiben, welche bewirken, dass sinnvolle Aktivitäten durch die Menschen in der DG gefördert werden. Aktivitäten der Menschen in der DG, nicht Akteure von draußen: Also keine Subsidien für auswärtige Sportgrößen oder auswärtige kulturelle Starensembles. Wenn solche Kräfte gewünscht sind, dann sollten die entsprechenden Vereine diese Ausgaben über privatwirtschaftliche Sponsoren finanzieren!

Alle nicht unbedingt notwendigen Infrastrukturvorhaben sollten nach Meinung der VIVANT-Fraktion vorerst zurückgestellt bzw. in ihrer Dimension angepasst werden. Ich spreche hier vor allem die Kulturzentren in Eupen und in St.Vith an. Im Anschluss dazu eine Interpellation.

Herr Lambertz, Sie erwähnen regelmäßig den Abbau des Investitionsstaus, und dass es vollkommen falsch wäre, jetzt nicht weiter zu investieren – trotz dadurch steigender Verschuldung. Ich werde diese Frage in der Plenarsitzung nach den Weihnachtsferien zum Thema einer Interpellation machen. Ich glaube nämlich, dass die tiefere Ursache der allgegenwärtigen Verschuldung auf einem Strukturfehler unseres Geld- und Kreditwesens beruht, und möchte wissen, wie Sie als der verantwortliche Finanzchef mit der Schuldenproblematik in der DG fertig werden wollen.

Die VIVANT-Fraktion vertritt die Auffassung, dass, wenn schon neue Kreditaufnahmen, diese nur zur Verwirklichung nachhaltiger Projekte erfolgen sollten.

Im OB 40 ist die Dotation für den BRF mit 4 Millionen 658 Tausend € das kostenträchtigste Programm. Bei der Anhörung im Ausschuss klagte der Direktor des BRF darüber, dass für echte journalistische Recherche, wegen fehlender finanzieller Mittel, wenig Möglichkeiten bestünden. Die Hauptanstrengung müsse in die Beschäftigung mit den vielen Veranstaltungen in der DG gehen. Außerdem bestünde in der Bevölkerung kein Interesse an politischen Inhalten. Die VIVANT-Fraktion ist der Meinung, dass dem BRF im politischen Bildungsbereich eine große Verantwortung obliegt. Allseits wird die Gefährdung der Demokratie und der Mangel an politischem Engagement der Bürgerinnen und Bürger, egal welchen Alters, beklagt. Wenn es keine personellen Alternativen gibt, dann müssen die Parteien zwangsläufig immer wieder auf die gleichen Führungskräfte zurückgreifen und politische Erneuerung wird erschwert. Wenn die öffentliche Hand rund 90% der Kosten bestreitet, wie im GE von heute berichtet wird, dann hat der BRF nach unserer Auffassung die Verpflichtung zu einer Prioritätenverlagerung, welche auch eine verstärkte politische Erwachsenenbildung beinhaltet.

Während einer Veranstaltung in Aachen am 23. November wurden außerdem Wege aufgezeigt, wie mit einem geringen Einsatz von personellen und technischen Mitteln, trotzdem eine hohe Qualität der Berichte ermöglicht wird.

Hierbei sind die Kooperationsbemühungen des BRF mit den europäischen Nachbarn natürlich sehr zu begrüßen. Auch hier zeigte sich wieder deutlich, dass der Überwindung der sprachlichen Barrieren eine hohe Priorität zukommen muss.

